

## Nur nicht allzu selbstgerecht

VON THOMAS KIRSTEIN



Weit in die Offenbacher Zukunft zu blicken, um zu erahnen, wann diese Stadt geregelte Finanzen haben wird, ergibt momentan wenig Sinn. Es sei denn, verlässlicher Fair-Trade-Kaffeersatz, Präzisions-Kristallkugel und High-Tech-Pendel stünden zur Verfügung. Also sei nach hinten geschaut, weil ja auch die lokale Politik vormacht, wie man zurückliegende Verantwortlichkeiten verteilt.

Die CDU weist nicht zu Unrecht darauf hin, dass die Mehrzahl der Entscheidungen vergangener Jahrzehnte unter sozialdemokratischer Dominanz fielen, ohne zu berücksichtigen, dass sich die Genossen immer mit Partnern abzustimmen hatten, die jetzt allesamt im Viererbündnis mit der Union agieren, als hätten sie nie das Sagen gehabt. Beispiel Krankenhaus-Desaster: Den folgenreichen Neubau trieb ein rot-schwarzes Gespann voran; Grundsatzbeschlüsse trug fast das gesamte Spektrum mit; Klinikdezernenten hatten rote und grüne Parteibücher; die Privatisierung leitete ein schwarzer Sozialminister ein. Also haben alle mit in dem drin gesteckt, was letztlich den schon großen und mächtigen Schulden-Watzmann der Stadt um weitere 300 Millionen Euro erhöhte.

Aktuell geht die Sage, die gegenwärtigen Misere beruhe auch auf dem Versäumnis, die Folgen einer Wachstumsstrategie rechtzeitig zu bedenken. Entgegnet wird, dass Offenbach einen derartigen Wohnbauboom samt Zunahme der Bevölkerung erleben würde, habe niemand ahnen können.

Niemand, in der Tat. 2013 hat die CDU „illusorische“ und „teils abenteuerliche Annahmen für Einnahmesteigerungen“ kritisiert. Damit lag sie sicherlich nicht falsch, denn der OB hatte ziemlich freihändig die hypothetische Einhaltung der Schuttschirmvorgaben kalkuliert. In der CDU-Publikation „Klartext Nr. 70“ hieß es am 8. Februar vor sechs Jahren: „Um die erwarteten Einnahmen aus dem Einkommenssteuer-Anteil tatsächlich zu erzielen, müssten bis 2020 rund 12000 Steuerzahler nach Offenbach ziehen. Das wiederum setzt voraus, dass mindestens 5000 Wohnungen neu entstehen. Wie realistisch das ist, zeigt ein Blick in die Statistik. Danach sind im Zeitraum von 2008 bis 2012 (...) in Offenbach lediglich 213 Wohnungen neu entstanden.“

Aus heutiger Sicht kann das als Beleg für die schwierige Vorhersehbarkeit von Entwicklungen dienen. Denn so weit sind die tatsächlichen Zunahmen gar nicht von dem entfernt, was die Union als Traumtänzerie darstellte. 3000 bis 4000 neue Wohnungen dürften bis 2021 schon entstanden sein. Und der Zuwachs an sozialversicherungspflichtig Beschäftigten belief sich zwischen 2014 und 2018 auf rund 8000. Beides nähert sich also den für absurd gehaltenen Dimensionen, zeigt, dass niemanden in vollem Umfang der Vorwurf treffen darf, vor dem Wohnbauboom nicht helllichtiger gewesen zu sein. Den Verantwortlichen ist zugutezuhalten, von demografischen Entwicklungen derart überrollt worden zu sein, dass rechtzeitiges Reagieren nicht mehr möglich war. Das Gegenteil zu behaupten, wäre zuviel der Selbstgerechtigkeit.

Vielleicht ärgern sich alle Kommunalpolitiker – und auch die Beobachter in Medien und Institutionen – gemeinsam darüber, sich unter beschwipster Freude über grandios erblühendes Investoreninteresse verdrängt zu haben, wer den Löwenanteil der Folge- und Nebenkosten eines derartigen Wachstums zu tragen hat. Jedenfalls nicht diejenigen, die in zinslosen Zeiten in Offenbach ihr Geld parken und sich mit ihren Immobilien auch goldene Nasen verdienen.